

## A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Haushalt 2013

Der Landtag wolle beschließen:

Das Saarland steht nach wie vor vor immensen finanziellen Herausforderungen. Die grundgesetzliche Schuldenbremse gibt dem Land einen strengen Konsolidierungspfad vor. Dank mutiger Entscheidungen der letzten Landesregierung ist es gelungen, diesen Pfad bisher einzuhalten. Die letzte Landesregierung konnte die Nettokreditaufnahme auf 592 Mio. Euro reduzieren und hat damit einen sehr großen Beitrag an der Konsolidierung des Landes geleistet.

### **I. Die große Koalition scheitert an ihren selbst gesteckten Zielen**

#### Die große Koalition ruht sich auf fremden Lorbeeren aus

Die neue Landesregierung, die in der Öffentlichkeit für sich mit dem Argument wirbt, nur sie könne die finanziellen Probleme des Landes lösen, ruht sich nun ausschließlich auf den Konsolidierungserfolgen der letzten Regierung aus. Entgegen der Ankündigung, Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushalts zu verwenden, werden die Steuermehreinnahmen mit dem Nachtragshaushalt 2012 komplett aufgezehrt und die Nettokreditaufnahme um 104 Mio. Euro auf 696 Mio. Euro gesteigert.

Und das für Ausgaben, deren Rentierlichkeit in höchstem Maße fraglich ist. So steht den 17,8 Mio. Euro für den Ankauf der VSE-Anteile keinerlei Nutzen auf Seiten des Landes gegenüber. Die eingestellten 120 Mio. Euro für den Kommunalen Entlastungsfonds werden sich zu einem Strohfeuer entwickeln und weder dem Land noch den Kommunen langfristig helfen, wenn sie nicht durch strukturelle Maßnahmen und durch Einnahmesteigerungen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen flankiert werden.

#### Die große Koalition hat kein Konsolidierungskonzept

Mit dem Haushalt 2013 führt die Regierung zwar die von der Vorgängerregierung beschlossenen Maßnahmen fort. Mit Ausnahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer lässt die große Koalition aber jegliche eigene Maßnahmen vermissen. Weder unternimmt die Landesregierung Bemühungen zur Steigerung der Einnahmen auf Bundesebene oder zur Forcierung einer Lösung der Altschuldenproblematik, noch hat es die Regierung bis heute geschafft, strukturelle Einsparmaßnahmen zu beschließen.

Ausgegeben: 07.12.2012

So gibt es bis heute kein schlüssiges Personalkonzept. Statt eine echte Aufgabenkritik durchzuführen, wird blind der Rasenmäher angesetzt und ein pauschales Personalkürzungsvolumen von 2400 Stellen vorgegeben. Dies führt in Bereichen wie der Bildung, der Steuerverwaltung, der Justiz oder im Sozialbereich zu kontraproduktiven Ergebnissen, weil das Sparen zu größeren Ausgaben in der Zukunft bzw. zu geringeren Einnahmen führt.

Auch der Bereich der Landesbeteiligungen wird nur zaghafte angegangen. Statt beispielsweise den Saar-Pfalz-Airport wie geplant im Jahr 2012 umzusetzen und den Subventionswettbewerb mit Rheinland-Pfalz endlich zu beenden, wird die Kooperation der beiden Flughäfen grundsätzlich infrage gestellt.

#### Die große Koalition spart nicht bei sich selbst

Die Ministerien selbst bleiben vom Rasenmäher verschont. Entgegen aller Ankündigungen spart die große Koalition nicht bei sich selbst. Die von ihr selbst als „Symbol“ bezeichnete Einsparung auf Staatssekretärebene wird konterkariert durch Stellenneuschaffungen im Bereich der Beamten im höheren Dienst innerhalb der Ministerien. Die von der neuen Landesregierung durchgeführte Umressortierung wird dazu genutzt, diese Stellenneuschaffungen zu verschleiern und mit fadenscheinigen Argumenten zu begründen.

Reichlich gefüllt sind auch nach wie vor die zur freien Verfügung der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister bestehenden Töpfe sowie der Etat für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung, für die Verbesserung des Images des Saarlandes und für sonstige Eigen-Marketingkampagnen.

## **II. Konsolidierungspotentiale realisieren – Mittel anders verteilen!**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Konsolidierung ihrer Finanzen gerecht und effizient vorzugehen. Prinzipiell müssen solche Einsparungen realisiert werden, die sich nicht nachteilig auf das soziale und ökologische Gefüge auswirken. Die nach Ausnutzung dieser Einsparpotentiale zur Verfügung stehenden Mittel müssen effizient verteilt und in Zukunftsbereiche investiert werden:

#### Konsolidierungspotentiale realisieren

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, auf die vorgesehenen Stellenneuschaffungen in den Ministerien weitgehend zu verzichten. Die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationskampagnen und Empfänge müssen drastisch gekürzt werden.

Einsparpotentiale beim Flughafen Saarbrücken durch Kooperation mit dem Flughafen Zweibrücken, Einsparpotentiale bei der IKS und dem Abschiebegefängnis in Ingelheim müssen ausgenutzt werden. Außerdem soll das Defizit des Landesamtes für Katasterwesen und damit die Zuführung seitens des Landes drastisch gesenkt werden, indem Aufträge seitens des Landes nicht an Dritte, sondern an das Landesamt selbst vergeben werden. Die vorgesehene Bereitstellung von Mitteln für den Bau eines multifunktionalen Stadions ist aufgrund des bisher unzureichenden Kenntnisstandes über die Potentiale und die Kosten (vor allem auch des Betriebs) eines solchen Stadions zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

Der Landtag missbilligt, dass die Landesregierung nur einen geringen Willen zur Steigerung der Einnahmen zeigt. Alle Potentiale zur Einnahmegenerierung auf Landesebene müssen ausgenutzt werden. Hierzu müssen unbesetzte Stellen in der Steuerfahndung und bei den Betriebsprüfern besetzt werden. Darüber hinaus muss die Landesregierung Initiativen zur Steigerung der Einnahmen auf Bundesebene ergreifen und sich vehement für eine Lösung der Altschuldenproblematik einsetzen.

#### Bildung prioritär behandeln

Mit dem Bildungshaushalt dokumentiert die Landesregierung den Einstieg in das Sparzeitalter im Bildungsbereich. Das Anwachsen des Haushalts ist keiner Schwerpunktsetzung der Landesregierung im Bildungsbereich geschuldet. Bei einer gerechten und effizienten Mittelverwendung muss der Bildungsbereich prioritär behandelt werden – nicht nur aus Gründen der Chancengerechtigkeit, sondern auch aus finanzpolitischen Gründen.

Vor diesem Hintergrund ist die Gebührenerhöhung bei der Freiwilligen Ganztagschule ein großer Fehler. Die Kürzung muss vollumfänglich rückgängig gemacht werden.

Für eine gerechte und erfolgreiche Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur sind die Grundschulen besonders wichtig. Die vorgesehene Streichung von 10 Lehrerstellen muss zurückgenommen werden. Um die Lehrerfeuerwehr im Grundschulbereich ausbauen zu können und die Grundschulleiterinnen und -leiter mit Blick auf ihre Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, müssen zusätzlich zu dieser Rücknahme der Streichung weitere 10 Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Förderschulen darf nicht gespart werden. Mit Blick auf das Ziel der Inklusion müssen diese gestärkt werden. Hierfür fordert der Landtag die Bereitstellung von 20 zusätzlichen Stellen.

#### Standort Saarland wirklich voranbringen

Die Landesregierung setzt in Sachen Standortpolitik auf bunte Marketingbroschüren. 960.000 Euro mehr als im Vorjahr und insgesamt 1 Mio. Euro will sie für Maßnahmen zur Bewerbung des Technologiestandortes Saarland ausgeben.

Der Landtag des Saarlandes kritisiert das Volumen dieses Ansatzes und fordert stattdessen, die Mittel effizient einzusetzen. Im Sinne einer echten Stärkung des Standorts soll die Innovationsförderung in klein- und mittelständischen Unternehmen und der Know-How-Transfer zwischen Forschung und Wirtschaft vorangetrieben werden.

#### Sicherheit der Allgemeinheit nicht gefährden

Mit den geplanten Einsparungen im Justiz-Haushalt gefährdet die saarländische Landesregierung die Sicherheit der Allgemeinheit. Der Personalbestand der Justizvollzugsanstalten ist bereits heute unzureichend. Mit den geplanten Kürzungen seitens der Regierung wird die Lage noch verschlimmert.

Es gibt keinerlei Personalkonzept im Justizbereich. Die Kürzungen auf Seiten der Justizvollzugsbeamten werden mit der Einstellung von Sozialarbeitern und Psychologen gerechtfertigt, die neben ihren umfangreichen Aufgaben womöglich auch Aufgaben von Justizvollzugsbediensteten erledigen sollen. Wie unsensibel die Landesregierung beim Sparen vorgeht, zeigt sich an den Kürzungen für die Täterarbeit bei häuslicher Gewalt und der Therapie von Sexualstraftätern. Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, diese Kürzungen im Justizbereich vollumfänglich rückgängig zu machen.

### Soziale Belange stärken statt vernachlässigen

Auch im Bereich der Inklusion setzt die Landesregierung lieber auf bunte Broschüren statt auf wirkliche Maßnahmen. Die für Inklusionsmaßnahmen eingestellten Mittel werden komplett gestrichen. Inklusion macht nicht vor dem Arbeitsmarkt Halt. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Bereitstellung von Mitteln zur Einrichtung von Arbeitsplätzen in Integrationsunternehmen. Mit 120.000 Euro könnten Arbeitsplätze für die Menschen finanziert werden, die nun dank des Bundesprogramms „Initiative Inklusion“ ihre Ausbildung abschließen.

Wenig sozial ist auch das Bild, das die Landesregierung im Umgang mit den Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgibt. Weiterhin weigert sich die Landesregierung diesen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihnen Sach- statt Geldleistungen auszuzahlen. Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendigen Mittel von rund 1,2 Mio. Euro jährlich bereitzustellen.

Auch am Beispiel der Kürzung des Zuschusses zum Mensa-Essen an der Uni zeigt sich, dass die Landesregierung nicht ausgewogen spart. Der Landtag des Saarlandes kritisiert das Volumen dieser Kürzung und spricht sich dafür aus, die Kürzung in dem Umfang zurückzunehmen, der nicht zu Belastungen bei den Studierenden führt. Zusätzlich spricht sich der Landtag des Saarlandes dafür aus, dem Studentenwerk 120.000 Euro zur Verfügung zu stellen, um es in die Lage zu versetzen, die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten am Wohnheim D in Angriff zu nehmen.

### Kommunen nachhaltig entlasten

Im Bereich der Kommunen verkauft die Landesregierung Minimalverbesserungen als erhebliche Entlastungen. Mit der Verstetigung der kommunalen Kulturabgabe von 16 Mio. Euro bleiben den Kommunen im Jahr insgesamt gerade mal 1 Mio. Euro jährlich. Der Landtag des Saarlandes fordert Ehrlichkeit gegenüber den Kommunen. Mit Blick auf die finanziellen Herausforderungen des Landes wird es schlichtweg nicht möglich sein, die Probleme der Kommunen durch Landesmittel zu lösen, ohne die Einhaltung der Schuldenbremse zu gefährden.

Damit die kommunalen Haushalte nachhaltig entlastet werden, spricht sich der Landtag des Saarlandes für echte strukturelle Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen aus. Diese Maßnahmen müssen von umfassenden interkommunalen Kooperationen bis hin zu Zusammenlegungen reichen. Für die Erstellung eines Gutachtens, das diese Möglichkeiten aufzeigen soll, fordert der Landtag des Saarlandes die Bereitstellung von 100.000 Euro.

Darüber hinaus kritisiert der Landtag des Saarlandes, dass die Kommunen an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer nicht vollumfänglich beteiligt werden. Im Jahr 2013 entspricht dies rund 1,9 Mio. Euro. Der Landtag des Saarlandes fordert die Regierung auf, die Kommunen an dieser Erhöhung teilhaben zu lassen.

Spätestens seit Inkrafttreten des Fiskalpakts, der in seiner Definition des Defizits über die grundgesetzliche Schuldenbremse hinausgeht und die kommunale Verschuldung einbezieht, ist eine nachhaltige Stärkung der Kommunen für das Land auch eine finanzpolitische Notwendigkeit. Die Einigung zwischen Bund und Ländern besagt, dass das Land ab 2020 für die Schulden seiner Kommunen in Haftung genommen werden kann und ihm Sanktionszahlungen drohen.

### Potentiale in Energie und Umweltpolitik erkennen

Auch im Bereich der Energiepolitik ruht sich die Landesregierung auf den Erfolgen der Vorgängerregierung aus. Die in der letzten Legislatur angestoßenen Maßnahmen werden unter selbigem Namen fortgeführt. Konterkariert werden diese Erfolge durch den VSE-Deal, der lediglich eine Liquiditätsspritze für den Essener RWE-Konzern darstellt und dem kein Nutzen im Sinne regionaler Wertschöpfung durch die Energiewende gegenübersteht. Der Landtag des Saarlandes kritisiert diesen Ankauf und spricht sich zur Forcierung der Energiewende für eine Stärkung des Instituts für Zukunftssysteme um 200.000 Euro aus, die unter der Jamaika-Regierung bereits vereinbart war.

Sowohl im Energie- als auch im Umweltbereich sind Konsolidierungspotentiale zu finden. Im Bereich Umwelt kann durch eine vorausschauende und verantwortliche Personalpolitik erreicht werden, dass das Defizit des SaarForst-Landesbetriebs und damit die Zuführung seitens des Landes reduziert wird. Alleine die Erhöhung des Holzeinschlages im abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr und die weitere Erhöhung des Hiebsatzes im Forstwirtschaftsjahr 2013 erfordern die vorgesehenen kw-Vermerke für Forstwirte zu streichen und zusätzlich 10 neue Forstwirtstellen zu schaffen. Die entsprechenden Personalkosten werden nachhaltig über die mit den Mehreinschlägen verbundenen Einnahmen mehr als kompensiert.

Tourismus- und naturschutzpolitische Potentiale liegen vor allem in unseren Wäldern. Um einen länderübergreifenden Nationalpark im Hochwald zu unterstützen, stellt der Landtag des Saarlandes 10.000 Euro bereit, um die entsprechenden fachlichen Grundlagen zu erarbeiten.

### Kluges Personalmanagement etablieren

In allen Bereichen des Haushalts zeigt sich, dass es der Landesregierung an einem klugen Personalmanagement mangelt. Vor allem der Bereich der Steuerverwaltung spiegelt dies wider. Hier bleiben Stellen unbesetzt, womit sich das Land um ein großes Volumen an Steuereinnahmen bringt. Der Landtag des Saarlandes kritisiert diese Situation und fordert die Landesregierung zur Besetzung dieser Stellen auf, um die Steuereinnahmen zu steigern.

Das Land braucht eine demographiefeste und effiziente Verwaltung. Pauschale Stellenkürzungen sind nicht die richtige Strategie. Stattdessen soll eine echte Aufgabenkritik durchgeführt werden, die ebenso große Einsparpotentiale beinhalten kann, aber gleichzeitig zu klugen Stelleneinsparungen führt.

Für die verbleibenden Stellen ist hoch motiviertes und gutes Personal unabdingbar. Eine Schlechterstellung der saarländischen Beamtinnen und Beamten gegenüber anderen Bundesländern ist vor diesem Hintergrund keine kluge Politik. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Landtag des Saarlandes für die Abschaffung der Absenkung der Eingangsbesoldung aus, die jährlich mit 1 Mio. Euro zubuche schlägt.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.